

Nr 17/798

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes
Wiedereinführung der 5-Prozent-Klausel bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. Mai 2008
(Drucksache 17/426)
2. Lesung

Der Antrag ist durch das Urteil des Staatsgerichtshofs vom 14. Mai 2009, Aktenzeichen 2/08, als erledigt anzusehen.

Nr. 17/799

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts
vom 23. September 2009
(Drucksache 17/934)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt gemäß Ziffer 2 der Beschlussempfehlung das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Ziffer 3 der Beschlussempfehlung wie folgt zu:

Dem Staatsgerichtshof wird gemäß Ziffer V. des Berichts des nichtständigen Ausschusses nach Artikel 140 Absatz 1 Satz 1 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen die folgende Frage zur Prüfung vorgelegt:

Der Staatsgerichtshof möge prüfen, ob § 7 Absatz 6 (Sitzverteilungsverfahren), § 36 Absatz 1 (Berufung von Listennachfolgern) und die darauf beruhenden Folgeregelungen der §§ 35 Absatz 2 Satz 2, 36 a Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie 36 b des Bremischen Wahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 1990 (Brem.GBl. S. 321), das zuletzt geändert worden ist durch das Gesetz vom 19. Dezember 2006 (Brem.GBl. S. 539) mit der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vereinbar sind.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 4 und 5 der Beschlussempfehlung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf die Einführung eines Wahlrechts für EU-Bürger für Landtagswahlen oder jedenfalls für die Wahl zur Bürgerschaft (Landtag) im Rahmen einer „Bremer Klausel“ hinzuwirken.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat ebenfalls auf, im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf die Einführung eines bundesweiten kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige hinzuwirken.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt gemäß Ziffer 1 der Beschlussempfehlung von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“ Kenntnis.

Nr. 17/800

Auswirkungen des demografischen Wandels im Land Bremen auf die Kultur

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. April 2009
(Drucksache 17/764)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. Juli 2009

(Drucksache 17/864)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/801

Kulturförderung den sich wandelnden Bedürfnissen anpassen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. September 2009
(Drucksache 17/939)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bei der Planung der Kulturförderung den kinder- und jugendorientierten Kulturangeboten und -projekten weiterhin hohe Priorität beizumessen,
2. Kooperationen zwischen Kultureinrichtungen, Migranten-/Mitgrantinnenorganisationen, KITAS und Schulen weiterzuführen und im Rahmen des Möglichen zu fördern,
3. Menschen mit Migrationshintergrund durch spezifische Projekte stärker anzusprechen und als Akteure und Verantwortliche mehr in den Kulturbereich einzubeziehen,
4. die kulturelle Teilhabe von Menschen mit niedrigem Einkommen zu verbessern,
5. bei der mittel- und langfristigen Planung die sich verändernde Nachfrage, insbesondere der Altersgruppen 65+, zu berücksichtigen, um auch weiterhin eine hohe Auslastung und Akzeptanz der Bremer Kultureinrichtungen zu gewährleisten,
6. die Stadt Bremerhaven in ihrer Kulturplanung in entsprechender Weise zu unterstützen.

Nr. 17/802

Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Jehovas Zeugen in Deutschland

Mitteilung des Senats vom 9. Juni 2009
(Drucksache 17/819)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 17/803

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen – Gesetz über die Änderung des Verfahrens hinsichtlich der Anerkennung von Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Weltanschauungsgemeinschaften als Körperschaft des öffentlichen Rechts

Antrag der Fraktion der FDP
vom 1. September 2009
(Neufassung der Drs. 17/892 vom 18.08.09)
(Drucksache 17/913)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 17/804

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung

Die Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung entfällt durch die Unterbrechung der ersten Lesung (Drs. 17/913 – Neufassung der Drs. 17/892).

Nr. 17/805

Zugang zu Kinderpornografie erschweren – Access-Blocking ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Dezember 2008
(Drucksache 17/643)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 17/806

Zugang zu Kinderpornografie erschweren – Access-Blocking ermöglichen

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 10. Juni 2009
(Drucksache 17/825)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt Vorhaben der Bundesregierung, wirksame Maßnahmen gegen Kinderpornografie zu ergreifen, mit denen im Internet der Zugang zu Webseiten mit kinderpornografischen Inhalten blockiert wird. Der Einsatz eingriffsintensiver Kontrolltechniken setzt aber voraus, dass sich der Gesetzgeber über die damit verbundenen Einschnitte in die Freiheitsrechte seiner Bürger umfangreich im Klaren ist und ihre Verhältnismäßigkeit gründlich abwägt. Der Aufbau eines technisch effektiven und rechtlich nachvollziehbaren Schutzsystems sollte nicht ohne intensive Überlegungen und grundsätzliche Leitentscheidungen des Gesetzgebers erfolgen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/807

Bremen und Bremerhaven als mobile Städte erhalten und gleichzeitig verbesserten Lärmschutz gewährleisten!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 11. September 2009
(Drucksache 17/923)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/808

Einsatz einer Sonderkommission zur Überprüfung der Verwendung von Mitteln der Arbeitsmarktförderung im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. September 2009
(Drucksache 17/930)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/809

Bremische Landesbauordnung und Änderung des Bremischen Ingenieurgesetzes

Mitteilung des Senats vom 15. September 2009
(Drucksache 17/925)
1. Lesung
2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 29. September 2009

(Drucksache 17/947)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 17/810

Unterstützung des Sprachenrats Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. August 2009
(Drucksache 17/881)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Gründung und die angestrebten Aktivitäten des Sprachenrats Bremen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Abstimmung mit dem Sprachenrat ein Konzept für Mehrsprachigkeit in Bremen zu entwickeln und dieses bis Ende 2010 vorzulegen.

Nr. 17/811

Rückforderungen gemäß Unterhaltsvorschussgesetz konsequent einfordern!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/831)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 17/812

Stellungnahme des Senats zum 31. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/903)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 31. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/813

Stellungnahme des Senats zum Dritten Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/904)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum Dritten Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/814

Lautsprecheranlagen an Schulen im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. August 2009
(Drucksache 17/906)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung.

Nr. 17/815

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsetzungsbefugnisse der Gemeinden

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009
(Drucksache 17/850)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/816

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen zu einer grenzüberschreitenden Raumordnung und Landesentwicklung

Mitteilung des Senats vom 11. August 2009
(Drucksache 17/878)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/817

Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes

Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft
vom 29. September 2009
(Neufassung der Drs. 17/898 vom 24.08.09)
(Drucksache 17/946)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/818

Wahl eines Mitglieds des Ausschusses Krankenhäuser im Land Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Dr. Matthias G ü l d n e r

anstelle der Abgeordneten Dr. Zahra Mohammadzadeh zum Mitglied des Ausschusses Krankenhäuser im Land Bremen.

Nr. 17/819

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Mitteilung des Senats vom 8. September 2009
(Drucksache 17/920)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/820

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 26 vom 8. September 2009

(Drucksache 17/922)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/821

Gesetz zur Änderung des Bremischen Verwaltungsverfahrensgesetzes

Mitteilung des Senats vom 22. September 2009
(Drucksache 17/931)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/822

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Björn F e c k e r

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Klaus Möhle zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

Nr. 17/823

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordnete

Dr. Hermann K u h n

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Klaus Möhle zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Nr. 17/824

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Dr. Maike S c h a e f e r

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Klaus Möhle zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen.

Nr. 17/825

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Glücksspielgesetzes
Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009
(Drucksache 17/838)
1. Lesung
2. Überwachung des Jugendschutzgesetzes durch den Einsatz von jugendlichen Testkäuferinnen und Testkäufern
Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009
(Drucksache 17/852)
3. Stand des Ausbaus der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 4. August 2009
(Drucksache 17/872)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 15. September 2009
(Drucksache 17/926)
4. Recht auf Rückkehr für zwangsverheiratete Frauen und Mädchen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. August 2009
(Drucksache 17/874)
D a z u
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 16. September 2009
(Drucksache 17/929)
5. Energieausweise nutzbringend einsetzen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. August 2009
(Neufassung der Drs. 17/876 vom 11.08.09)
(Drucksache 17/880)

6. Teilnahme des Landes Bremen am „Projekt Junior“
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. August 2009
(Drucksache 17/888)
7. Ausweitung des Geltungsbereichs des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) auf die im öffentlichen (Mehrheits-)Besitz befindlichen Gesellschaften
Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/901)
8. Aufbau einer Initiative „Clean Ship“
Mitteilung des Senats vom 25. August 2009
(Drucksache 17/902)
9. 16. Bericht der bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2007
Mitteilung des Senats vom 14. April 2009
(Drucksache 17/748)
10. Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum 16. Bericht der bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2007 (Mitteilung des Senats vom 14. April 2009, Drs. 17/748)
vom 27. August 2009
(Drucksache 17/909)
11. Gesetz über die Behandlung von Petitionen durch die Bürgerschaft
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE.
vom 27. August 2009
(Drucksache 17/910)
1. Lesung
12. Nichtraucherenschutz mit Augenmaß!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann
vom 28. August 2009
(Drucksache 17/911)
13. Bremisches Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft (Bremisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz – BremUVollzG)
Mitteilung des Senats vom 1. September 2009
(Drucksache 17/914)
1. Lesung
14. 4. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“
Mitteilung des Senats vom 26. Mai 2009
(Drucksache 17/799)
15. 4. Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe „Häusliche Beziehungsgewalt“
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 1. September 2009
(Drucksache 17/918)
16. Gesetz zur Änderung des Bremischen Jagdgesetzes
Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 2. September 2009
(Drucksache 17/919)
1. Lesung

17. Arbeitsfähigkeit der Häfen sichern
Mitteilung des Senats vom 8. September 2009
(Drucksache 17/921)

18. Jugendstrafverfahren beschleunigen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. September 2009
(Drucksache 17/924)

